

Wenn es auch Wahnsinn ist — so hat es doch Methode

Am Donnerstag, dem 28. Februar 1974 stimmten in der Gesamtschule 17 Stadtverordnete der Mörfelder SPD und drei Mörfelder FDP-Stadtverordnete für ein Zusammenlegen von Mörfelden und Walldorf; für eine Stadt, die einmal 40.000 bis 50.000 Menschen zählen soll.

Gegen die Fusion stimmten die vier Stadtverordneten der DKP-Mörfelden, Stadtverordneter Feutner (FDP) enthielt sich der Stimme. Die Mörfelder CDU-Stadtverordneten, die sich grundsätzlich für eine Fusion aussprachen, stimmten dagegen, weil sie angeblich wegen des Zusammenlegungstermins Bedenken hatten. Offensichtlich hatten sie aber den nächsten Wahltag im Auge. Die SPD-, FDP- und CDU-Stadtverordneten von Walldorf stimmten geschlossen für eine Fusion. Gegen eine Befragung der Bürger vor einem Zusammenlegen der Städte Walldorf und Mörfelden, wie es die DKP forderte, stimmten alle Abgeordneten der SPD, FDP und CDU.

Dieser folgenschwere und, wie wir meinen, falsche und revisionswürdige Beschluß, liegt noch keine 20 Monate zurück und schon haben wir Auswirkungen zu spüren.

Hessens Innenminister Bielefeld erklärte vor kurzem in Gernsheim kategorisch, der Name der künftigen Stadt sei ab 1. Januar 1977 „Waldfelden“.

Man muß sich das einjmal richtig vorstellen, da soll ohne die Bürger zu befragen, von Wiesbaden aus, der Name einer Stadt, die im Jahre 814 zum ersten Mal urkundlich erwähnt wurde, getilgt werden. Ein solches Verhalten ist arrogant und undemokratisch.

Beiläufig sagte der Minister dann noch, wenn das Parlament der fusionierten

Stadt für einen anderen Namen ist, kann es dies ja fordern, man wird dann sehen. Hier kann man nur sagen: „Wenn es auch Wahnsinn ist, so hat es doch Methode!“

Denn neu hergestellt werden müßten dann Stadtschilder, Briefbögen, Stempel, Firmenanschriften, Fahrpläne usw., usw.

Denn zweifellos will man so von oben den Widerstand brechen.

Wir brauchen aber den Widerstand, so früh wie möglich und so breit wie möglich. Deshalb haben wir den Antrag für eine Bürgerbefragung (er wurde angenommen) im Stadtparlament eingebracht — und deshalb meinen wir, sollte die Befragung schnellstens stattfinden. Um den Widerstand zu organisieren und um denen da oben einmal zu zeigen, wie Mörfelden denkt. rh

Skandalös

35 Straßennamen sollen
geändert werden

Die in Wiesbaden und von den Fraktionen der SPD, CDU und FDP im Mörfelder und Walldorfer Stadtparlament beschlossene Zwangsfusion bringt den beiden Stadtverordnetenversammlungen und den Bürgern den ersten Ärger. Etwa 40 Straßennamen gibt es in den beiden Städten zur Zeit in doppelter Ausfertigung, oder haben ähnliche Namen. Die Anlieger nachstehender Straßen müssen mit einer Änderung des Straßennamens rechnen.

In Mörfelden sollen folgende 16 Stra-
Fortsetzung auf Seite 2

STOPPT DEN FASCHISMUS

Die DKP-Mörfelden protestiert gegen die Ermordung der fünf Widerstandskämpfer durch das faschistische Franco-Regime. Viele Bürger dieser Stadt teilen mit uns die Empörung über dieses Verbrechen.

Die Hinrichtung der spanischen Freiheitskämpfer ist ein barbarischer, menschenverachtender Akt des Franco-Faschismus, der mit verbrecherischer Blutjustiz versucht, sich angesichts der wachsenden Kraft der demokratischen und antifaschistischen Kräfte an der Macht zu halten.

Die DKP bekräftigt in dieser Stunde ihre solidarische Verbundenheit mit den spanischen Kommunisten und allen Gegnern des Franco-Faschismus. Wir appellieren an alle Demokraten und Antifaschisten in Mörfelden, für das Ende des Mordterrors in Spanien einzutreten und die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen zu fordern. Nach diesem neuen, blutigen Willkürakt muß jede Hilfe und Unterstützung der Bundesrepublik für die Franco-Diktatur eingestellt werden.

Fortsetzung von Seite 1

sen einen neuen Namen erhalten: Elbestraße, Gartenstraße, Gundhofstraße, Kelsterbacher Straße, Lindenstraße, Mainstraße, Moselstraße, Neckarstraße, Odenwaldstraße, Oderstraße, Rheinstraße, Spessartstraße, Sudetenstraße, Taunusstraße, Waldenserstraße, Weserstraße.

In Walldorf sollen folgende 19 Straßennamen geändert werden: Bahnstraße, Beethovenstraße, Elisabethenstraße, Feldstraße, Frankfurter Straße, Freiligrathstraße, Goethestraße, Händelstraße, Haydenstraße, Langstraße, Ludwigstraße, Mittelstraße, Mozartstraße, Schillerstraße, Am Schlichterfeld, Schubertstraße, Schulstraße, Schumannstraße, Waldstraße.

Wie zu erfahren war, sollen in Mörfelden Straßen mit Namen nach Gebirgen und Flüssen umbenannt werden. Unter anderem wären alte Mörfelder Straßen wie die Gartenstraße, die Taunusstraße oder die Odenwaldstraße betroffen. Wir empfehlen den betroffenen Bürgern,

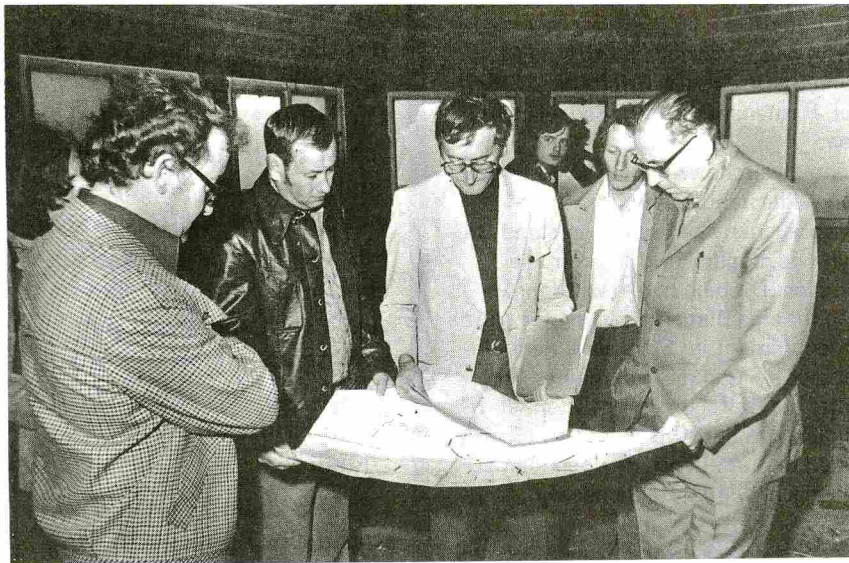
beim Magistrat frühzeitig Protest einzulegen.

Wir alle können jetzt schon abschätzen, was uns dieser Unsinn für einen Ärger noch bescheren wird.



Großer Beliebtheit erfreuten sich die Platzkonzerte am „Dalles“. Viele Mörfelder besuchten auch das siebte Platzkonzert, wo der Musikzug der SKV die Reihe der diesjährigen Konzerte abschloß.

Solche Konzerte könnten nächstes Jahr sicher nicht nur am „Dalles“, sondern auch in anderen Teilen unserer Stadt veranstaltet werden. Die Bevölkerung freut sich darüber.



Die DKP-Mörfelden besichtigte den Mörfelder Wasserturm. Wir wollten feststellen, welche Möglichkeiten es für die Erhaltung des Bauwerkes gibt.

Bei der Besichtigung wurde deutlich, daß es vollkommen falsch wäre, dieses Wahrzeichen abzureißen, wie es einige „Spezialisten“ in der Mörfelder SPD vorhatten. Die Abbruchkosten des stabilen Massivbaus würden zweifellos die Kosten für die ersten Renovierungsmaßnahmen übersteigen.

Im Turm sind vier achteckige Räume mit einem Durchmesser von 8,60 Metern, die sich vielfältig nutzen lassen. Das Problem der Beheizung und die Verbesserung der Treppenanlage ist lösbar.

Für die Erhaltung halten wir folgende Baumaßnahmen für erforderlich, die stufenweise ausgeführt werden können:

- 1. Sicherung der Bausubstanz. Dazu gehört: Dach ausbessern, alle Scheiben erneuern, massive Eisentür einbauen, Außenanstrich der acht Betonträger.*
- 2. Ausbau der unteren Räume. Installieren einer Heizung (diese Räume wären hervorragend geeignet, um ein Mörfelder Heimatmuseum aufzunehmen).*
- 3. Verbesserung der Treppenanlage und Renovierung des „Aussichtsraumes“ unter dem Dach. Öffnung der Aussichtsplattform für Schulklassen nach Absprache und für die Bürger eventuell sonntagsnachmittags (Öffnungszeiten festlegen).*

Zur 1200-Jahrfeier

SPD und CDU schieben sich gegenseitig die Bälle zu. Man buhlt um die Gunst des Bürgers zwecks Durchführung einer 1200-Jahr-Feier und beteuert, „daß die Mörfelder zu feiern verstehen“. Dem Bürger soll offenbar noch etwas geboten werden, bevor er nach der Fusion gerupft wird.

Ob es aber zu einer Feier kommt, ist scheinbar noch nicht geklärt. In einem Brief vom 28.4.75 fragte die DKP bereits den Magistrat, wie es mit der Feier steht. Der antwortete am 25.6.75:

„Nach eingehender Diskussion ist er (der Magistrat) der Auffassung, keine 1200-Jahr-Feier durchzuführen.“

Als man offensichtlich merkte, daß die Mörfelder zu ihrer Geschichte stehen, änderte man seine Meinung und der Bürgermeister deutete im Parlament an, man wolle doch eine Feier durchführen. Bald warf sich auch die CDU in die Bresche, obwohl sie mit Mörfelden und seinen Traditionen und seiner Vergangenheit am allerwenigsten verbunden ist.

Die DKP-Mörfelden ist für eine 1200-Jahr-Feier zur Würdigung und Selbstdarstellung der Vergangenheit unserer Heimatgemeinde. Gerade deswegen ist die Feier aber auch ein Argument zur Erhaltung unserer Selbständigkeit und gegen die Fusion.

Ernst KnöB



Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen.

Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert.

Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion

Weg mit dem Paragraph 218

Weshalb wir für die Fristenlösung sind

Der Frauen- und familienfeindliche Paragraph 218 hat niemals Schwangerschaftsabbrüche verhindert.

Der Kampf um eine Reform des Paragraphen 218 ist für die DKP kein isoliertes Problem, sondern Bestandteil des Kampfes für die Gleichberechtigung der Frauen.

Er betrifft Männer und Frauen gleichermaßen.

Wir sind der Meinung, es muß das Recht jeder Frau sein, selbst zu entscheiden, ob und wann sie Kinder haben will und wieviel. Der Paragraph 218 trifft besonders die arbeitende Bevölkerung. Leute mit Geld, haben schon immer einen Ausweg gefunden. Die Arbeiter- und Angestelltenfrauen wurden zum Kurpfuscher getrieben. Oft mußten sie den illegalen Eingriff mit schweren gesundheitlichen Schäden oder gar mit dem Leben bezahlen.

Die illegalen Schwangerschaftsabbrüche werden in der BRD jährlich auf 500.000 und mehr geschätzt. Die Ursachen dafür sind oft Existenzangst, Arbeitsplatzunsicherheit, unzureichende soziale Einrichtungen wie Kindergärten und Krippen, fehlende Ganztagschulen, mangelnde Unterstützung der Familien und alleinstehender Mütter. Auch althergebrachte Vorurteile zwingen die Frauen dazu, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, obwohl sie sich Kinder wünschen. Hinzu kommt die hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit wegen mangelnder Vor- und Fürsorge für Schwangere. Die Bewegung für die Fristenlösung hat diese Probleme mehr denn je ans Tageslicht gebracht.

In der Auseinandersetzung in den vergangenen Jahren hat die DKP mehrmals Stellungnahmen veröffentlicht und zu zahlreichen Aktivitäten aufgerufen. Die DKP hat zahlreiche Aktionen selbst sowie gemeinsam mit anderen demokratischen Organisationen durchgeführt. So wurden auch in Mörfelden Unterschriften gesammelt. Die gewerkschaftliche Unterschriftensammlung 1973 für die Fristenlösung wurde von der DKP unterstützt: 120.000 Unterschriften wurden dem Bundestag übergeben. Die Fristenlösung hat in der Bevölkerung eine große Zustimmung gefunden. 1972 hatten sich 82 Prozent der Bevölkerung für die Fristenlösung ausgesprochen.

Auf Betreiben der CDU/CSU wurde die vom Bundestag beschlossene Reform des Paragraphen 218 im Sinne der Fristenlösung durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt.

Das von den Regierungsparteien SPD/FDP jetzt vorgelegte Indikationsmodell wird an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern, da es nur eine medizinische Indikation vorsieht und soziale Gründe nicht ausreichend berücksichtigt.

Gegenwärtig treten einige Komitees und Initiativen, so auch eine Gruppe in Mörfelden, mit der Forderung nach völliger Freigabe des Schwangerschaftsabbruches, verbunden mit einer Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid, auf.

Diese Aktion ist eine Spaltung der grossen Bewegung für die Fristenlösung und dient im Grunde den reaktionären Kräften in der CDU/CSU, weil diese Forderung keine Massenbasis hat. Die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 würde bedeuten, daß die Frauen, die bisher für 1000 und mehr Mark abgetrieben haben und mit dem Gesetz in Konflikt kamen, nun legal für hohe Summen abtreiben lassen können. Die Forderung nach Abtreibung auch in den fortgeschrittenen Schwangerschaftsmo- naten ist gegen die Interessen der Frauen, gegen ihre Gesundheit, gerichtet. Nach medizinischen Erkenntnissen und Erfahrungen der Ärzte ist der Abbruch bis zur zwölften Woche mit den geringsten Gefahren für die Frau möglich.

Außerdem wird keine Frau, die die Möglichkeit eines Abbruches bis zur zwölften Woche hat, bis zum vierten, fünften oder gar sechsten Monat warten.

Selbst Krankenhäuser und Ärzte, die sich für den Schwangerschaftsabbruch im Sinne der Fristenlösung bereiterklären, würden diese gesundheitsgefährdenden Abtreibungen nicht vornehmen. Es bliebe dabei, daß Geld und die notwendigen Beziehungen im In- und Ausland entscheiden.

Doch trotz Fristenlösung, die für einen geregelten Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche sorgt, muß es gar nicht so weit kommen. Jede Abtreibung ist ein Eingriff in den menschlichen Organismus und mit Problemen verbunden. Wir gehen von dem Grundsatz aus: Verhüten ist besser als abtreiben. Deshalb sind jeder Frau, auch jungen Mädchen, auf Wunsch Schwanger-

schaftsverhütungsmittel kostenlos durch Ärzte zu verschreiben.

Eine breite Information und Aufklärung der Kinder und Jugendlichen in der Schule und allen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen muß gewährleistet werden.

Jede Frau muß entsprechend der Fristenlösung die Möglichkeit haben, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. In allen öffentlich geführten und geförderten Krankenhäusern sind moderne Einrichtungen dafür zu schaffen. Ergibt sich nach dem dritten Monat die Notwendigkeit, eine Schwangerschaft zu unterbrechen, sollte die Zustimmung der Frau und eines Arztes erforderlich sein. Keine Frau darf wegen eines Abbruches bestraft werden.

Die DKP fordert:

- Verlängerung der Schutzfristen vor und nach der Entbindung. Der Schwangerschaftsurlaub muß mindestens 20 Wochen betragen.
- Gesetzliches Verbot von Fließband- und Akkordarbeit für Schwangere, Lohnausgleich sind tariflich zu sichern.
- Absoluter Kündigungsschutz für werdende Mütter, auch im Ausbildungsverhältnis.
- Höchstarbeit von sieben Stunden täglich und 35 Stunden wöchentlich für werdende und stillende Mütter, bei vollem Lohnausgleich.
- Sofortiger Rentenausgleich für Frauen, die wegen der Betreuung ihrer Kinder eine Berufstätigkeit unterbrechen müssen (entsprechend dem versprochenen Babyjahr).

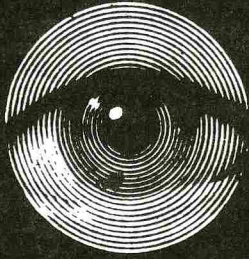
Frauenarbeitskreis der DKP-Mörfelden
Waltraud Träger
Hochstraße 6

**Wer sich für andere
mitverantwortlich
fühlt, wer sein Leben und
das seiner Kinder, seiner
Kollegen und Freunde
verbessern will -**

der gehört in die

DKP

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Anfragen der DKP-Fraktion

Betrifft: Bürgerbefragung

Wir fragen den Magistrat:

Halten Sie, nach den letzten Äußerungen des hessischen Innenministers H.H. Bielefeld, es nicht auch für angebracht, jetzt den Zeitpunkt festzulegen für eine Befragung der Bürger von Mörfelden über den künftigen Namen ihrer Stadt, wie von der Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der DKP-Fraktion beschlossen wurde?

Begründung:

Wie dieser Tage aus der Presse zu entnehmen war, steht die hessische Landesregierung mit ihrem Innenminister H.H. Bielefeld (FDP) nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der vom Gesetzgeber bestimmte Kunstname „Waldfelden“ erst einmal beschlossene Sache sei.

Nach der Fusion am 1.1.77 könne das neue Stadtparlament, das dann voraussichtlich Ende März 77 gewählt wird, mit einem solchen Änderungsantrag Aussicht auf Erfolg haben.

Wir glauben, daß unsere Bürger für eine solche Haltung kein Verständnis aufbringen, zumal hierdurch nicht geringe Kosten entstehen.

Es sollte deshalb, zurückkommend auf den Antrag der DKP, der am 18.6.75 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, spätestens im Januar nächsten Jahres die Bürgerbefragung durchgeführt werden.

Betrifft: Bürgersteige — Groß-Gerauer-Straße

Wir fragen den Magistrat:

Wann ist daran gedacht, die Gerauer Straße (B 44) von der Annastraße bis zum Gärtnerweg auszubauen und beiderseits mit Bürgersteigen zu versehen?

Begründung:

Durch die zunehmende Bebauung in diesem Gebiet wird die Gerauer Straße auch in obengenanntem Teilbereich vermehrt von Fußgängern benutzt. Da die Bürgersteige in Höhe der Annastraße zur Zeit enden, sind die Fußgänger gezwungen, die Fahrbahn zu benutzen, was bei dem starken Kraftfahrzeugverkehr eine große Gefahr bedeutet.



Betrifft: Längerweg

Wir fragen den Magistrat:

1. Besitzt der Inhaber der Firma Gatex eine Erlaubnis zum Befahren des für Kraftfahrzeuge (außer landwirtschaftlichen) gesperrten Längerweges durch eigene, bzw. die Firma besuchende Kraftfahrzeuge?
2. Besitzt er weiterhin eine Erlaubnis, Be- und Entladungen von Lastkraftwagen auf dem Längerweg vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen?
3. Werden die beiden oben gestellten Fragen negiert, die Frage: Ist die Stadt in dieser Angelegenheit in irgendwelcher Weise tätig geworden? Wenn ja, wie und wodurch?

Begründung:

Wie Anwohner mitteilten, werden fast an jedem Werktag auf dem Längerweg, der durch das Verbotsschild für Kraftfahrzeuge aller Art, außer landwirtschaftlichen, gesperrt ist, durch Beschäftigte der Firma Gatex Lastkraftwagen bzw. Lastzüge be- oder entladen. Andere Benutzer des Längerweges werden dabei in nicht zumutbarer Weise behindert und oft sogar gefährdet. Augenscheinlich ist der Längerweg durch die Benutzung der die Firma Gatex besuchenden Fahrzeuge in schlechtem Zustand.

Nach langen Jahren wurde nun endlich der Bürgersteig an der B 486 / Kreuzung B 44 hergerichtet. Im „blickpunkt“ (Nr. 11/71 und Nr. 50/75) setzten wir uns für diesen Ausbau ein und unterstützten die Proteste der Anwohner. Unsere Stadtverordneten wurden ebenfalls in dieser Sache tätig. Wir freuen uns mit den Anliegern, daß die Straße jetzt ordentlich befestigt wurde.

Das alte Rathaus ist erhaltenswert

Auf Antrag der DKP-Fraktion wurde am 16.9.75 von den Stadtverordneten das alte Rathaus beabsichtigt. Heute kann man schon sagen, daß es erhaltenswert ist. Die abreißwilligen in der SPD waren enttäuscht. Bis jetzt ist klar, daß das Dach repariert und die Fenster eventuell erneuert werden müssen. Die Treppe und die Türen sowie viele Einbau- bzw. Wandschränke sind noch sehr gut erhalten. Unser Vorschlag für eine Nutzung liegt nach wie vor auf dem Tisch. Es muß für die Mörfelder Bürger genutzt werden.

*Kennen Sie schon
die UZ?
Probexemplare
bestellen!*

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Der „Offene Brief“ und die „Offene Antwort“

Bürgermeister Bachmann schrieb uns einen „Offenen Brief.“ Er meinte darin, daß es bei der Erhaltung der Mörfelder Altbausubstanz „nicht unbedingt unserer Initiative bedürfe, man sei da schon lange hinterher.“ Weiter bedauerte Bachmann unsere Feststellung, daß der Wasserturm vergammele. Auch hier sei schon einiges geplant. Wir betrachten diesen „Offenen Brief“ als einen Erfolg unseres ständigen Einsatzes in dieser Frage. Wir geben nachfolgende „Offene Antwort“.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Es ist nicht neu und schon gar nicht originell, wie Sie und die SPD-Mehrheitsfraktion auf kommunalpolitische Initiativen anderer politischer Gruppierungen in dieser Stadt antworten.

Auf Kritik wird zumeist allergisch reagiert, Vorschläge anderer werden oft damit abgetan, daß man bereits selbst in dieser Sache initiativ sei.

Da setzt sich die DKP für Fachwerk-erhaltung ein – und wird belehrt, daß der Magistrat bereits seit Jahren dahinter her sei.

Da will die DKP, daß der Wasserturm erhalten wird – und kriegt zu hören, daß sich die Stadt ja schon lange darum Gedanken macht.

Was soll's? Es geht uns nicht ums „Erstgeburtsrecht“. Selbstverständlich wissen wir, daß gute kommunalpolitische Initiativen in allen Fraktionen entwickelt werden.

Ihre im „Offenen Brief“ vertretene Meinung, da wir nicht dem Haushaltsplan zugestimmt hätten, dürften wir auch keine Vorschläge mehr machen, weisen wir auf das Schärfste zurück. Wir haben gegen den Haushaltsplan gestimmt, weil wir damit unseren prinzipiellen Protest gegen die unzureichende Finanzausstattung der Stadt zum Ausdruck bringen wollten. Unsere Gründe sind Ihnen genau bekannt, um so mehr bedauern wir es, daß Ihnen eine solch vordergründige Polemik unterläuft.

Im übrigen sind wir froh, Ihrem Schreiben entnehmen zu können, daß nun der Wasserturm doch erhalten werden soll, nachdem ihn einige Wölt- und zum teil auch ortsfremde „Abreiß-Fanatiker“ in Ihrer eigenen Partei schon im Visier hatten.

Mit freundlichem Gruß
DKP-Fraktion

Fragen ohne Antwort

Auf der Bürgerversammlung wurde Bürgermeister Bachmann gefragt, ob finanzielle Mittel für die Folgeeinrichtung bei einer weiteren Bebauung – insbesondere für eine bessere ärztliche Versorgung – vorhanden seien.

Der Frager wurde enttäuscht, denn Bachmann meinte lediglich, daß die Mittel eben im neuen Haushaltsplan bereitgestellt werden müßten.

Wie der Magistrat das Geld aufbringen will, bleib offen und bei der derzeitigen Finanzsituation der Gemeinden ist die Zukunft düster.

Oder will man wieder die altbekannte Methode anwenden: Steuererhöhungen, Gebührenerhöhungen; kurz – die Lasten wieder auf den „kleinen Mann“ abwälzen?

Daß Mörfelden das Problem der ärztlichen Versorgung jetzt und in Zukunft nur schwer bewältigen kann, ist offensichtlich. Man muß also nach neuen Wegen suchen.

Seit geraumer Zeit fordert die DKP, das alte Rathaus als Ärztehaus zu verwenden und zwischenzeitlich hat – wie ich hörte – auch ein Ärzteteam sein Interesse bekundet.

Ein solches Haus würde den derzeitigen Mangel an Ärzten (insbesondere an Fachärzten) spürbar verbessern und den Bürgern echte Erleichterungen bringen.

Ich meine: Erst wenn in Mörfelden – in seiner derzeitigen Größe – die dringendsten Probleme (ärztliche Versorgung, genügend Schulräume, genügend Sporteinrichtungen usw.) gelöst sind, sollte man an eine weitere, verstärkte Bebauung und weiteren Zugang denken.

Karlheinz Hechler, Mörfelden,
Langener Straße

Bürgerversammlung

Eine Nachbetrachtung

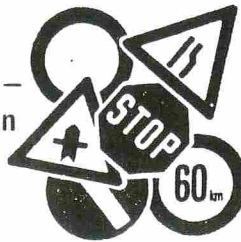
Die Bürgerversammlung am 10.9.75 hätte besser sein können. Nach langatmigen, einschläfernden, einstündigen Erklärungen von Bauingenieuren, deren Fachjargon die meisten nicht verstanden, redete man an den Interessen der Anwesenden vorbei und verknappte die Zeit für Diskussionen. Die überwältigende Mehrheit wollte wissen, ob und wann ihr Acker Bauland wird. Wie es mit der Bebauung weitergeht und ob unser Erholungsgebiet erhalten bleibt oder nicht. Die Antworten des Magistrats waren nicht ausreichend. Es kam heraus, daß nun schon seit zirka zehn Jahren geplant wird, daß jedoch heute kein einziger Plan brauchbar ist, denn eine Wirtschaftskrise hatte keiner eingeplant.

Nebenbei wußte niemand zu sagen, wie alles finanziert werden soll und wo die Neubürger Arbeit finden würden.

Es bleibt zu hoffen, daß bald wieder einmal eine Bürgerversammlung durchgeführt wird, auf der der Bürger alle Fragen stellen kann, die ihn interessieren. Vom geplanten Rathausabriß, der ärztlichen Versorgung und den Altenproblemen bis zu Schule, VHS, Verkehrsfragen, Gebührenerhöhungen, Fusion, Bürgerhaus, Jugendzentrum usw.

Wenn eine Bürgerversammlung hierfür nicht genügt, dann müssen eben mehrere stattfinden. EK

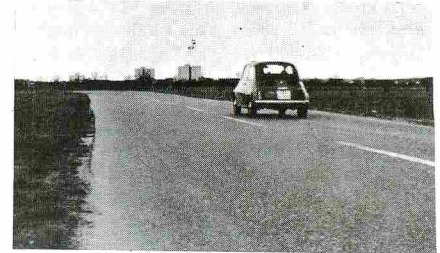
Verkehrstips –
zur Diskussion
gestellt



Gefährlich

Gefährlich geworden ist das Stück Groß-Gerauer-Straße zwischen der Tankstelle und dem Gärtnerweg für Fußgänger.

Hier muß ein Bürgersteig angelegt werden!



Kurvenreiche Straße zur Gesamtschule

An dieser Stelle ist schon mancher von der Fahrbahn abgekommen. Es handelt sich um die Straße zur Gesamtschule. Für Fahrzeuge, die in Richtung Mörfelden fahren, besteht in dieser Linkskurve, in Höhe der Baumschule, erhebliche Gefahr, da der Fahrer, bedingt durch eine leichte Erhöhung, die Kurve zu spät bemerkt.

Hier sollte umgehend ein Verkehrsschild aufgestellt werden mit dem Symbol „Kurve links“.

Solche Schilder stehen bereits an einigen Stellen dieser, sowieso problematischen Straße.

Eine Reise zu Freunden

Mit einer DKP-Delegation in der Sowjetunion



Ein Bericht von Michael Denk,
Stadtverordneter der DKP-
Mörfelden

3. Bericht

Nach mehreren Tagen Aufenthalt in Moskau brachte uns der Schlafwagenzug „Roter Pfeil“ mit einer Fahrzeit von acht Stunden nach Leningrad. Hier gab es einen großen Bahnhof für uns, mit viel Spaß und Freude. Nun erlebten wir Leningrad, die Stadt, die den Namen des Mannes trägt, der die Sowjetunion vom Feudalismus zu einem der ersten Industriestaaten der Welt und zum ersten Arbeiter- und Bauernstaat heran geführt hat. Lenin ist hier überall gegenwärtig. Leningrad ist eine junge Stadt, sie wurde gegründet im Jahre 1703. Wenn ich sage eine junge Stadt, so ist etwas Wahres dran. Hier ist das Durchschnittsalter 35 Jahre, eine Folge des letzten Krieges. Während der 900 Tage Belagerung durch deutsche Truppen, kamen 850 Tausend Menschen ums Leben. Die Stadt hat heute vier Millionen Einwohner, sie wird durchschnittlich von 65 Flüssen und Kanälen und steht unter Denkmalschutz. Alle Renovierungsarbeiten und Neubauten infolge Kriegseinwirkungen mußten und müssen dem Denkmalschutz Rechnung tragen. Es ist ein Erlebnis, wenn man Gebäude besucht und besichtigt, die noch aus den Gründerjahren der Stadt stammen, in gutem Zustand sind und einen großen Teil der Geschichte Rußlands mitgeprägt haben – von der Zarenzeit mit seiner Tyrannei über die Revolution der Arbeiter und Bauern, bis zum heutigen, hochentwickelten Industriestaat der sozialistischen Sowjetunion. Ich denke dabei an so hervorragende Bau- und Denkmäler wie Winterpalast, Smolny, Marmorpalast, Peter-Pauls-Festung, Admiralität, Isaak Kathedrale usw. Auch die vielen Denkmäler, Museen und Gedenkstätten aus der alten und neuen Zeit darf man nicht vergessen. Wie die Rostralsäulen der Roßbändiger, Große Triumpfpforte, die Sphinx an der Akademie, Peter der I., Alexandersäule, Panzerkreuzer Aurora und der große Gedenkfriedhof in Piskarjowka vom zweiten Weltkrieg, hier liegen 450.000 Menschen beerdigt in Massengräbern.

Leningrad ist eine traditionsreiche Stadt, die man nicht besser beschreiben kann, als es ein Prospekt sagt. Die Stadt wurde „Das Fenster nach Europa“ oder „Venedig des Nordens“ genannt.

Sie wird auch die Wiege der Revolution und die Leninstadt genannt. Auf jedem Schritt ist hier Lenin zugegen, sein Leben, das mit Millionen Menschenschicksalen verbunden ist, und sein unbeugsamer Kampfgeist. In der Nacht vom 6. zum 7. November 1917 erhob Petrograd die Fahne der Revolution. Ihr Stab war im Smolny, woher die Truppen revolutionärer Soldaten und Matrosen zum Sturm des Winterpalastes zogen. Die Errungenschaften der Revolution hat Leningrad auch in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges geschützt. Heute ist Leningrad eines der bedeutendsten Industrie-, Kultur- und Wissenschaftszentren des Landes.

Schon die ersten Tage starteten wir Rundfahrten durch diese Metropole und man machte uns bekannt mit der Vergangenheit. Unser erster Weg führte uns zur Peter- und Pauls-Festung, vorbei an den Rostralsäulen vor dem früheren Gebäude der Börse. Die riesigen Figuren am Fuße der Säulen symbolisieren die russischen Flüsse Wolga, Dnjeper, Newa und Wolchow. Zur Festung selbst gibt es vieles zuzusagen, hier wurden Revolutionäre vieler Generationen, die sich gegen das Zarenregime stellten, eingekerkert und hingerichtet. Auch der Name von Lenins Bruder befindet sich unter den Gerichteten. Die Festung befindet sich auf einer Newa-Insel. Außer der Festung gibt es hier die Staatliche Münzerei, sowie die Peter- und Pauls-Kathedrale, gegründet am 27. Mai 1703. Anschließend besuchten wir den Panzerkreuzer „Aurora“, der heute noch schwimmend auf der Newa, als Museum, zu besichtigen ist.

Wie bekannt, gab die Aurora den Signalschuß zum Sturm auf den Winterpalast ab, wo sich zur damaligen Zeit die provisorische Regierung befand. In der Nacht zum 7. November 1917 begann der Sturm und der Sturz der Regierung, signalisiert durch die Roten Matrosen von der Aurora. Begrüßt wurden wir von dem Kapitän des Kreuzers, der heute noch mit einer kleinen Mannschaft an Bord ist. Wir wurden bestens informiert über diesen Vorgang, durch Film- und Miniaturdarstellungen. Nach diesem historischen Erlebnis besuchten wir den Smolny, erbaut 1806-1808. Hier war

der Sitz des Stabes der Revolution. Von hier marschierten die revolutionären Truppen durch den Triumphbogen des Generalstabsgebäudes zum Winterpalast. Noch heute finden auf diesem historischen Platz vor dem Winterpalast Volksfeste, Paraden und Demonstrationen statt. Und nun wieder zum Smolny, hier wurden die ersten, entscheidenden Beschlüsse der Oktoberrevolution gefaßt, unter Führung Lenins. Auch das Dekret zum Frieden wurde hier in der Aula, beschlossen und verkündet. Noch heute ist dieses Gebäude mit seiner historischen Vergangenheit vom Oktober 1917 bis März 1918, Schaltstelle des Sowjetstaates.

Auch wir erhielten hier von maßgebender Stelle beste Informationen und statistische Zahlen mit auf den Weg.

Die Industriezusammensetzung Leningrads besteht aus dem Schiffs- und Traktorenbau, der Elektroindustrie wie Turbinenbau, Kernkraftwerksbauten usw., der Nahrungsmittel- und Leichtindustrie und der Bauindustrie.

700.000 Leningrader Bürger erhielten in den letzten fünf Jahren neue Wohnungen. auch heute noch steht die Arbeiterklasse von Leningrad mit an erster Stelle, wenn es um die Verbesserung des Lebensstandards geht. So auch die Arbeiter im Kirowwerk, das schon immer vorbildliche Leistungen vollbrachte, ob im Vaterländischen Krieg, im Bau der großen atomgetriebenen Eisbrecher oder bei der Entwicklung von Komplexplänen zur Verbesserung der Produktion, für mehr Leistung bei besserer Qualität, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Man sagte uns, wir brauchen viel Geld für den Ausbau unserer Wirtschaft und zur Verbesserung des Umweltschutzes, was letzten Endes nur dem Wohle unseres Volkes dient. Weiter erfuhr ich, daß Leningrad heute auch eine große internationale Stadt ist. Sie hat Verbindung nach allen Kontinenten.

30.000 ausländische Studenten studieren hier, 13 Partnerstädte haben engen Kontakt mit dieser Stadt, auch Hamburg gehört dazu. 300 Delegationen besuchen jährlich Leningrad, ebenso viele werden entsandt. 15 ausländische Konsulate unterhalten hier ihre Verbindungen aufrecht. Wir sehen, Leningrad ist nicht nur Fenster zu Europa, wie erwähnt, sondern auch das Tor zur Welt.

Fortsetzung folgt mit einem Bericht über Sehens- und Wissenswertes um Leningrad

...schreib
mit!

Sicher haben Sie schon bei manchem Problem gedacht, „... das müßte in den ‚blickpunkt‘“ – und dann ging es doch wieder vergessen.

Das muß nicht sein. Schreiben Sie uns, wenn Sie Vorschläge machen wollen, schreiben Sie uns, wenn Sie wollen, daß „Ihr“ Problem an die Öffentlichkeit soll. Wir drucken Ihre Hinweise ab – mit Namen oder ohne Namen – ganz, wie Sie es wünschen.



400 000 Besucher

Das Pressefest der DKP-Zeitung „UZ“, das war Spaß, Politik, Kultur und großartige Unterhaltung für 400.000 Menschen. Viele Mörfelder waren in Düsseldorf und kamen begeistert zurück.

Das gebotene Programm auf den Rheinwiesen war breit gefächert. Man sah Olympia-Sieger und bekannte Liedermacher, berühmte Folklore-Ensembles und bedeutende Jazz-Formationen. In den Stimmungszelten – fröhliche, tanzende, schunkelnde Menschen. Das Kinderfest begeisterte und die vielen Solidaritätsstände gaben Kraft. Tausende Mitglieder der DKP leisteten unentgeltliche Arbeit, so konnten die Verkaufspreise niedrig gehalten werden. Das Fest der UZ, dem man von den Behörden viele Schwierigkeiten bereitete, war ein großer Erfolg.

Zu den Bildern:

Liedermacher Hannes Wader spielt vor Hunderten begeisterter Fans.

Valentina Tereschkova, die erste Frau im Weltraum, wurde im Äpfelwoi-Zelt der Hessen begeistert begrüßt.

In den Straßen des riesigen Festplatzes gab es zeitweilig kein Durchkommen.





Fast 100 Starter aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligten sich am 21. Mörfelder Dreiecksrennen über den traditionellen Parcours Ringstraße – Bahnhofstraße – Westendstraße.

Nach 50 Runden hatte der Gelsenkirchner Fritz Kobus (links) mit 15 Punkten klar die Nase vorn und konnte den Wanderpokal der Stadt mit nach Hause nehmen. Mit 11 Punkten belegte der schon 40jährige Günter Michaelis vom RC Schwalbe Solingen (rechts) vor dem Zehlendorfer Horst Brenner (10 Punkte) den zweiten Platz.

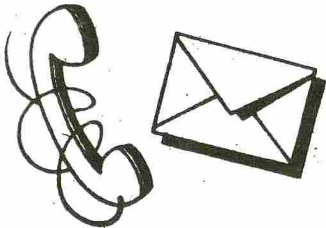
Das sind die Stadtverordneten der DKP in Mörfelden:

Michael Denk
Mörfelden, Gartenstraße 15
Telefon: 14 55

Heinz Hechler
Mörfelden, Ellenbogenstraße 8
Telefon: 33 35

Erich Schaffner
Mörfelden, Hochstraße 6
Telefon: 2 31 55

Artur Siegel
Mörfelden, Kalbsgasse 9
Telefon 14 47



Schreiben Sie ihnen oder rufen Sie einfach an, wenn Sie Probleme haben, die im Parlament behandelt werden sollten. Selbstverständlich können Sie auch jeden DKP-Stadtverordneten auf der Straße ansprechen oder besuchen.

PORTUGAL IN DER ENTSCHEIDUNG

*Wird Portugal das Chile Europas?
Steht der Rechtsputsch vor der Tür?
Welche Rolle spielen die Kommunisten in Portugal?*

Der Journalist Horst Boje informiert auf einer Diskussionsveranstaltung der DKP-Mörfelden über die jüngste Entwicklung in Portugal.

Mittwoch,
8. Oktober 1975
20.00 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden

Information
Diskussion
DKP



Bitte abtrennen und einsenden an:

R. Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3

Der „blickpunkt“, die Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an.

Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 90003419 Kreissparkasse Groß-Gerau, bei R. Dötsch, Schumannstraße 3, oder bei jedem Mitglied der DKP Mörfelden entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

für ein Jahr

für ein halbes Jahr

Name:

Anschrift: